



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIII/134 - 19. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Minister Strauss und die Gewerkschaften "Ach, wie so trügerisch ..."	40
2	Pulverfaas Libanon Vor Erweiterung der UNO-Streitmacht ?	44
3 - 4	Die schräge Wand Perspektiven einer grauenhaften Zukunft Zum Thema: Schutz der Bevölkerung	91
5 - 6	Vertauschte Fronten Zum Wahlkampfteil in Nordrhein-Westfalen	97
7	Mies Düsseldorf Skilenzner Konrad mit blenden Schläfen	32

* * * * *
* * * * *

Minister Strauss und die Gewerkschaften

sp - Es geschehen Zeichen und Wunder! Während hier in der Bundesrepublik der sich "christlich" nennende ehemalige Gewerkschaftler und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, drohende Reden über die gewerkschaftliche Entwicklung hält und es der IG-Bergbau übernimmt, in ihrem Statut das Wort "neutral" durch "unabhängig" ersetzt zu haben, bezeichnet sein Parteifreund und Bundesverteidigungsminister Strauss die Gewerkschaften plötzlich als einen der entscheidenden politischen Faktoren im Kampf um die Erhaltung der demokratischen Staatsform. In der deutschsprachigen amerikanischen Zeitung "Sonntagsblatt Staats-Zeitung und Herald" (New York) vom 1. Juni 1958 erklärt Herr Strauss einem Journalisten auf die Frage, ob die Sicherungen des Staates gegenüber einem möglichen Putschversuch der Bundeswehr ausreichend sind:

"In unserem Staatswesen verfügen die Parteien, Organisationen und Verbände, vor allem die Gewerkschaften, über so starke Möglichkeiten, dass jeder Putschversuch durch ihren Widerstand wirkungslos würde".

Damit haben die Gewerkschaften vom Bundesverteidigungsminister höchst persönlich den Hinweis darauf erhalten, dass sie gar nicht politisch neutral sein dürfen. Wenn es nämlich richtig ist, dass die Gewerkschaften in der Bundesrepublik in der Lage sind, einen Putsch der Generale abzuwehren, dann müssen sie sich auch auf diese Rolle vorbereiten; dann können sie gar nicht politisch neutral sein. Sie müssen dann strikt auf ihre politische Unabhängigkeit achten und genau das tun, was der Kongress der IG-Bergbau in München durch seine Statutenänderung beschlossen hat; aber auch genau das, was Herr Karl Arnold als "besorgniserregend" betrachtet.

Nun sind wir zwar nicht überzeugt davon, dass der Herr Bundesverteidigungsminister mit seinem Interview die Gewerkschaften zu klaren politischen Stellungnahmen auffordern wollte. Viel eher befrüchten wir, er werde Zeter und Mordio schreien, wenn der DGB seine Mitglieder zu politischen Aktionen gegen die verderbbringende Atombewaffnung der Bundeswehr aufruft. Dann heisst es wahrscheinlich wieder: die Gewerkschaften müssen neutral sein.

Aber in einer amerikanischen Zeitung macht es sich gut, von der Rolle der Gewerkschaften als Bastion der modernen Demokratie zu sprechen. Für den Hausgebrauch wird Herr Karl Arnold losgelassen, und da man weiss, dass ihn niemand ernst nimmt, schliesslich auch der Bundesinnenminister mit der Akten eines verhinderten Polizeikommissars.

"Ach, wie so trügerisch..."

* * *

- 2 -

Pulverfass Libanon

G.B. Der offene Bürgerkrieg im Libanon soll jetzt durch den gewandten UNO-Generalsekretär Hammarskjöld eingedämmt werden. Seit Donnerstag ist der in vielen internationalen Verhandlungen bewährte Generalsekretär der UNO in Beirut. Bei seiner Ankunft wurde ihm von westlich orientierten libanesischen Politikern eine massive Warnung vor der vielleicht schon vor einigen Tagen in Washington in Erwägung gezogenen militärischen Intervention der Amerikaner überreicht. Hintergrund dieser Warnung ist die Besorgnis dieser Politiker, dass der Bürgerkrieg im Libanon zu einem neuen Krieg im Nahen Osten werden könnte.

Die Erregung über die grausamen Hinrichtungen in Budapest hat den Blick von den Vorgängen im Nahen Osten abgelenkt. Trotzdem wurde bekannt, dass Nasser, der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, den USA das gemeinsame Vorgehen bei dem Versuch zur Beilegung des Konflikts im Libanon vorgeschlagen hat. Was den amerikanischen Außenminister dazu bewegen haben mag, das Angebot Nassers abzulehnen, ist nicht bekannt. . .

Hammarskjöld greift also in einem Augenblick ein, in dem das Pulverfass Libanon buchstäblich in die Luft gehen kann, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, Nasser davon abzuhalten, woanders als in Washington Unterstützung für die Beilegung des Konflikts in seinem Nachbarstaat zu suchen. Als geeignetes Mittel hierfür scheint dem UNO-Generalsekretär die Erweiterung der UNO-Streitmacht und deren Einsatz im Libanon vorzuschweben. Schon hat der amerikanische Senator Sparkman die Aufstellung einer ständigen UNO-Streitmacht beantragt. Er scheint dazu von Hammarskjöld angeregt worden zu sein, der der Einsatz der UNO-Polizeitruppe aus Anlass der Beendigung des ägyptisch-irakischen Krieges im Jahre 1956 als sichtbaren Erfolg der UNO für sich buchen konnte. Wie in diesem Zusammenhang bekannt wurde, soll Moskau dem Einsatz einer UNO-Polizeitruppe im Libanon keinen Widerstand entgegensetzen; allerdings unter der Bedingung, dass weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten mit eigenen Kontingenten an der Aufstellung oder Erweiterung der jetzt noch an der ägyptisch-israelischen Grenze stationierten UNO-Polizeitruppe beteiligt werden. Demals - im Jahre 1956 - hatten die Vereinigten Staaten diese Forderung Moskaus gebilligt.

Hammarskjöld ist Optimist. Trotz der seit einigen Tagen feststellbaren Verdüsterung der internationalen Atmosphäre will er alles versuchen, um die Explosion des Pulverfasses Libanon zu verhindern. Er scheint der Unterstützung starker Kräfte in der amerikanischen Politik sicher zu sein, die eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten für genau so gefährlich halten wie die militärische Aktion Frankreichs und Englands gegen Nasser, als dieser den Suez-Kanal verstaatlichte.

Die schräge Wand

mu - Es ist eine gespenstische Szene mit groteskem Einschlag, die sich dem bietet, der da oben am Hang des herrlichen Waldstädtchens Waldbröl im Bergischen Land, nicht unweit von Köln, einer Schar von Männern zuschaut. Sie sind, mit Bergungsgeräten versehen, dabei, in Trümmerschutt nach verschütteten Menschen zu suchen, und ihre Arbeit wird noch durch den ätzenden Dunst von Nebelpräparaten erschwert. Ein Fachmann unterrichtet diese Männer in blauen Schutzanzügen über das Bergen Verschütteter im Luftkrieg, während einer der Suchgruppe sich in eine Schuttkulde gelegt hat und nach unten in die Kellerräume ruft: "Hallo, Kamerad, lebst Du noch?"

Ein wenig weiter unter am Waldhang steht ein bombastisches und zugleich häßliches Gebäude, in dem der Bergische Kreis sein Kreiskrankenhaus unterhält. Ein Teil des Gebäudes, mit großer Freitreppe und unvollendeter Säulendekoration vor der Eingangshalle, die sich durch wenig geschmackvolle, aber riesengroße Mosaikflächen auszeichnet, beherbergt die Schule des Bundesluftschutzverbandes. Das Gebäude wurde auf Befehl des im Dritten Reich nicht ganz unbekanntem Robert Ley zu bauen begonnen, der darin ein DAF-Urlaubsheim einrichten und davor den Wiesengrund verschütten lassen wollte, um darauf das mächtigste Traktorenwerk des Jahrhunderts zu errichten. Der Wirt unten im Hotel des kleinen Städtchens weiß noch heute den Gästen der Bundesluftschuttschule von den Trinkgelagen Robert Leys und dessen großsprecherischen Reden zu berichten. Robert Ley wurde in Waldbröl geboren.

Bittere Problematik unserer Tage

Diese Szenerie bildet den Hintergrund vor einer bitteren Problematik unserer Tage, mit der sich die fähigen Lehrer auf der Bundesluftschuttschule, die ebenso wie der Bundesluftschutzverband in Köln von den Zusicherungen des Bundesinnenministeriums leben, herumschlagen müssen. Die Männer auf der Bundesluftschuttschule, welche die freiwilligen Helfer aus dem ganzen Bundesgebiet auszubilden haben, sind von der humanitären Aufgabe des Helfenwollens im Falle eines Krieges erfüllt. Sie wollen die Selbsthilfe einer Zivilbevölkerung stärken, die möglicherweise einmal einer Atombombenkatastrophe ausgesetzt würde. Sie sind sich aber zugleich dessen bewußt, daß es im Zentrum eines Atombombenabwurfes kein Überleben gibt. Sie möchten indes den Menschen, die in der Randzone eine solche unerschütterliche Katastrophe überleben, eine Anleitung zum Handeln geben.

Wie schwer die Luftschutzhilfe bereits im letzten Weltkrieg war, zeigen seinerzeit gegen den Willen der Machthaber gedrehte Originalaufnahmen der schweren Angriffe auf Hamburg im August 1943. Neben diesen Streifen bekommt man aber zugleich die Maßnahmen der Luftschutzorganisationen in Schweden, in der Schweiz oder in Holland filmisch dargeboten. Diese Länder begannen übrigens, als die großen Mächte der Erde ihre Kriegsmaschinerien vor Jahren nicht reduzieren wollten, mit dem Aufbau einer Luftschutzorganisation, bevor sie ihre Armeen unorganisierten und modernisierten.

"... so gut wie nichts"

Bei den Gesprächen in Waldbröl kann man es erfahren: "Das Bundesverteidigungsministerium bekommt in Westdeutschland alles und der Luftschutz so gut wie nichts". Man kann dem hinzufügen: "Bundesverteidigungsminister Strauß ist dabei, uns mit seinen Raketen und Atomwaffen zu einem begehrten Angriffsziel zu machen, während Bundesinnenminister Schröder den

19. Juni 1958

primitivsten Schutz der Kinder, Frauen und Alten sträflich vernachlässigt!

Man weiß in Waldbröl um die äußerst kurzen Warnzeiten, die es nur noch geben wird. Man hat deshalb Vorschläge für einen Schutz ausgearbeitet, der in Form von manns hohen und möglichst runden Betonkörperkonstruktionen am besten im Hof, zwei Meter unter der Erde, im Anschluß an die Kellerräume entstehen müßte. 400 bis 500 DM würde eine derartige Anlage für jeden Hausbewohner kosten und neben einem gewissen Verschüttungsschutz auch einen solchen gegen radioaktive und Hitzestrahlen natürlich außerhalb des Einschlagszentrums einer Atombombe bieten können. Von einer Abstützung der Kellerräume mit herkömmlichen Balken wird vollständig und von dem Einbau eines Luftschutzkellers in den Hauskeller wird möglichst abgeraten.

Aber da ist die Frage: "Sollen wir in den Städten um diesen Luftschutzbunker selber bezahlen, oder soll jener Plan verwirklicht werden, wonach der Staat das Geld vorschießt und wir es über höhere Mietzahlungen zurückerstatten?" Man könnte allerdings auch meinen, daß der Weg darin bestünde, die Aufrüstung zu bremsen und den Schutz, so gering er auch sein mag, für die Zivilbevölkerung zu forcieren.

Wer bezahlt die Kosten?

Der Einbau von Luftschutzkellern in Neubauten hat gegenüber diesem Problem nur zweitrangige Bedeutung; denn der allergrößte Teil der Menschen in der wohl zu 100 Prozent luftgefährdeten Bundesrepublik wohnt nun einmal, wenn die Anordnung "Luftschutzkeller in neue Häuser" kommt, in den Altbauten. Aber auch hier die Frage: "Sollen die Kosten für diese teureren Bunker von den Mietern aufgebracht werden?" Man weiß in Waldbröl, daß der beste Schutz weit auseinandergezogene Wohnviertel im Grünen mit röhrenartigen Verbindungen unter der Erde darstellen. Indes, man frage die Grundstücksspekulanten in den Großstädten nach dem Preis und die so kurz gehaltenen Gemeindefinanzen, ob die Kommune das zahlen kann...

Das groteskste, was man jedoch in dieser Situation machen kann, ist, für Regierungen und höchste Behördenepitaxen auf dem Vorwege großartige und viel besser schützende Bunker zu bauen - soweit das überhaupt möglich ist. 20 Millionen DM will die Bundesregierung für den Bau von atomresistenten Regierungsbunkern ausgeben. Aber die Betonindustrie sieht sich nicht in der Lage, serienmäßig Einzelteile für Schutzbauten aus Ringen und Betonfertigteilen anzubieten, weil die Finanzierung solcher einfacher Bunker für den kleinen Mann nicht geklärt ist. So bleibt denn den Fachleuten in Waldbröl der letzte Rat übrig. Er besteht darin, eine gewisse, wenn auch sehr geringe Chance des Überlebens kann es geben, wenn man sich eine schräge, schattabweisende Wand im Keller zimmernd würde...

+ + +

Vertauschte Fronten

W.P. An Rhein und Ruhr, wo am 6. Juli der Landtag neu gewählt wird, ist der Wahlkampf in voller Härte entbrannt. Alles deutet darauf hin, dass er sich zu einer Schärfe zuspitzt, die man bei Landtagswahlen sonst nicht gewohnt ist. Ohne eigentliche Absicht der Düsseldorfer Regierungskoalition von SPD und FDP wird dabei die Auseinandersetzung mehr und mehr mit bundespolitischen Argumenten geführt.

Das ist überhaupt die erstaunliche Feststellung, die alle Beobachter übereinstimmend berichten: die Rollen sind vertauscht zwischen der CDU, die sich stets bitter zu beklagen pflegte, wenn ihre politischen Gegner Fragen der Bundespolitik bei Landtagswahlkämpfen erörterten, und den Sozialdemokraten, deren Ministerpräsident Steinhoff von Versammlung zu Versammlung eilt, um der nordrhein-westfälischen Bevölkerung einen stolzen Leistungsbericht seiner Regierung zu geben. Offensichtlich bietet die Landespolitik der oppositionellen CDU einfach keine Angriffsflächen; was in einer CDU-Redner-Information übrigens indirekt mit den Worten zugegeben wird: "Es gilt, dem Wähler klarzumachen, dass er sich durch das nicht ungeschickte taktische Verhalten der SPD und FDP nicht täuschen lassen darf. Im Landtag und in der Landesregierung operierten SPD und FDP seit dem Sturz der Regierung Arnold ausserordentlich verechtigt ..."

Verleumdungsfeldzug gegen die SPD

Es ist aber wohl nicht nur ein mangelnder landespolitischer Angriffspunkt, sondern auch die unbestreitbare Tatsache, dass die Wirtschaftspolitik und die Atomrüstungspolitik gegenwärtig im Mittelpunkt stärkster Kritik gerade bei der Bevölkerung an der Ruhr stehen, was die CDU veranlasst, ihre Bundespolitik zu verteidigen und gleichzeitig einen Verleumdungsfeldzug gegen die SPD zu führen, der an die besten Adenauerschen "Leistungen" in Bundestagswahlkämpfen erinnert.

Wirtschaftspolitik und Rüstungspolitik sind Bundessache. Wenn die Halden der Zechen in den Himmel wachsen, wenn Feuerschichten gefahren werden und die Arbeitslosigkeit als drohendes Gespenst an Rhein und Ruhr steht, keineswegs gebannt durch einen zur Schau getragenen chronischen Zweckoptimismus des Bundeswirtschaftsministers, so erscheint die Sicherheit des Arbeitsplatzes und das heisst die Sicherheit vor Not ebensowenig mehr gewährleistet, wie die Sicherheit der Existenz überhaupt, die in Frage gestellt ist durch eine von der CDU gewollte Massierung von Atomwaffen in Deutschland.

Angesichts dieser begründeten Furcht und Sorge der Bevölkerung weiss die CDU sich offenbar nicht anders zu verteidigen als durch eine massierte Verleumdung ihrer politischen Gegner, die vor den verhängnisvollen Folgen der Adenauerschen Rüstungspolitik seit Jahren warnen und die Regierung durch eine Volksbefragung in letzter Minute über die wahre Stimmung der Bevölkerung aufklären wollen.

Adenauer, dem die bisherige Wahlkampfführung seiner nordrhein-westfälischen Parteifreunde "wie Limonade" vorkam, machte den Anfang und übertraf gleichzeitig auch alles bisher dagewesene. Wieder war

19. Juni 1958

von dem "Sturz in den Abgrund der Unfreiheit und der wirtschaftlichen Verelendung" im Falle eines SPD-Wahlsieges die Rede; daß die SPD in Düsseldorf bereits seit Jahren mit sichtbarem Erfolge an der Regierung ist, ignorierte er. Die SPD will, so orakelte er weiter, eine Politik, an deren Ende die sowjetrussische Herrschaft über Westeuropa oder ein atomarer Krieg stehe. Was Wunder, wenn seine Jünger sich bemühen, diese Schreckensvisionen durch eigene Blüten zu untermalen. Vor allem der Innenminister tat sich hervor, als er den Wahlkampf in den Bundestag hineintrag und die von den Sozialdemokraten unterstützte Bewegung "Kampf dem Atomtod" mit kommunistischen Bestrebungen ähnlicher Richtung in Zusammenhang brachte. Bemerkenswert war dabei, daß er sich der gleichen Argumente bediente, wie eine wenige Tage zuvor erschienene Propagandaanzeige einer neuen Tarnorganisation. Es stellt sich die Frage, ob der Innenminister selbst der Initiator dieser Anzeige war und also auch die Kosten trug oder ob er lediglich die Argumente aufgriff, die in ihr angeboten wurden.

Nach Goebbels Methoden ...

In den Städten Nordrhein-Westfalens wurden in der letzten Zeit CDU-Flugschriften mit den knalligen Schlagzeilen "SPD ergibt sich Kreml" verbreitet. Die von namhaften Wissenschaftlern getragene Bewegung gegen den Atomtod wird darin als "Straßenterror" diffamiert. Um das Maß voll und die Verwirrung vollkommen zu machen, ließ die CDU Plakate anschlagen, auf denen vom "roten Atomtod" die Rede ist. Wieder wird darüber hinaus der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner wegen seiner Haltung in der Wiedervereinigungsfrage verleundet und ihm eine Gemeinsamkeit mit Pankow unterstellt.

Bundesinnenminister Schröder hat kürzlich im Bundestag den Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit der Regierung Adenauer als das niedrigste bezeichnet, was in einem Parlament erhoben werden könnte. Wie steht es damit? Adenauer weiß ebenso gut wie alle seine Parteifreunde, daß die Politik der Sozialdemokratie seit 1945 eine der stärksten Stützen für den antikommunistischen Abwehrkampf und die gesamtdeutschen Interessen war, ist und bleiben wird. Er muß sich daher über den Unsinn seiner Worte klar sein, wenn er in Zusammenhang mit der SPD vom "Untergang Deutschlands" oder von der "Gefahr einer sowjetischen Herrschaft" über Westeuropa spricht. Wenn die CDU sich dennoch auf die Verleumdung als taktisches Mittel der Wahlpropaganda konzentriert, und zwar ohne jeglichen Bezug auf das Geschehen in Nordrhein-Westfalen, wo die Wahlen stattfinden sollen, so muß das seinen Grund haben. Es ist die Furcht vor der Niederlage, die das Handeln der CDU in Wirklichkeit bestimmt.

Adenauer hat die absolute Mehrheit der CDU als das Ziel seiner Partei in diesem Wahlkampf proklamiert. Mit ihrer breiten Anwendung bundespolitischer Parolen hat die CDU zu erkennen gegeben, daß sie das Wahlergebnis vom 6. Juli als einen Zwischenentscheid des deutschen Wählers über die Politik der Bundesregierung anerkennen wird. Auch aus diesem Grunde ist verständlich, daß sie alle Anstrengungen unternimmt, um sich zu behaupten. Die von ihr angewandten Methoden dürften sich jedoch kaum als geeignet erweisen, den Wähler gegen die politischen Kräfte einzunehmen, die bisher die Regierungspolitik in Düsseldorf bestimmt haben. Sie sind auch nicht geeignet, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Miss Düsseldorf

Wahlkampf ist das eine und Malerei das andere. Man hatte sich schon kaum gewundert, im nordrhein-westfälischen Wahlkampf jenen blonden Jüngling vom Bundestagswahlkampf wiederzutreffen, von dem der Text sagte, dass es sich dabei um Dr. Adenauer handele. Gensint ist jener Skilehrer-Typ mit den blonden Schläfen, der aus braungebranntem Gesicht den Betrachter mit blitzenden Vergissmeinnicht-Augen anfunkelt. Nun gut, wenn das unser Kanzler sein soll, so ist es zumindest ein kosmetischer Kanzler.

Aber dieses Beispiel machte Schule. Wie heisst doch noch dieser amerikanische Schauspieler, dachte ich angestrengt, während mir ein glamourboy stolz von den Litfasssäulen zulächelte. Rosig, mit buschigen schwarzen Augenbrauen und silbernen Schläfen. Und dann las ich: Karl Arnold - CDU.

Da kann man glatt Lachkrämpfe bekommen. Ich habe den CDU-Arnold schon oft gesehen, aber das Plakat muss einen entfernten Verwandten meinen. Was soll das ganze eigentlich?

Im Grunde ist das doch Wahlbetrug. Ob ich nun eine irreführende Parole auf die Litfasssäulen klebe oder ein Gesicht, das in Wirklichkeit ganz anders aussieht, bleibt sich doch gleich. Wenn das so weitergeht, werden Greise noch in Kilongesichter und glatzköpfige Schmerzbüchler in römische Athleten verzaubert. Oder man geht noch weiter, hängt Marilyn Monroe auf und behauptet, das sei der CDU-Abgeordnete Johannes Eben.

Falls irgend jemand tatsächlich nach Plakaten seine Wahlentscheidung treffen sollte, wird ihn ein späterer Besuch im Landtag ziemlich erschrecken. Er wird sich die Augen reiben und nachsinnen, ob denn inzwischen statt 20 Tagen 20 Jahre vergangen seien. Denn die versammelten älteren Herren haben sich ihm auf den Plakaten offensichtlich mit einem Bild repräsentiert, das aus der Zeit kurz nach der Konfirmation stammen musste.

Der alte Satz: "Schön ist nicht schön - Gefallen macht schön", kann sich jetzt mal wieder bewähren. Jetzt - das heisst in diesem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, wo offensichtlich kein Landtag, sondern eine Miss gewählt werden soll.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel